

Bernd Faulenbach

Die Neugründung der Sozialdemokratie in der DDR als historisches Ereignis

(Vortrag im Berliner Abgeordnetenhaus am 7. Oktober 2009)

I) Zu Anlass, Thema und Fragestellung

Heute vor 20 Jahren, am 7. Oktober 1989, fand im kleinen Ort Schwante hier in der Nähe von Berlin die Gründungsversammlung der sozialdemokratischen Partei der DDR (SDP) auf dem Hintergrund einer bewegten Zeit statt. Vor 10 Jahren meinte der Historiker Konrad Jarausch, „Schwante“ scheine sich zum Mythos verdichtet zu haben, „der teils bewundernd, teils aber auch selbstironisch zitiert“ werde. Ich weiß nicht, wie die Zuhörer dies heute sehen. Doch kann kein Zweifel sein, dass die Gründungsversammlung, bei der 46 (manche meinen 45) Männer und Frauen sich – ungeachtet der nach wie vor Repression ausübenden Diktatur – unter konspirativen Umständen in einem Pfarrhaus trafen, ein wesentliches Ereignis des Herbstes 1989 und der Umwälzung in der DDR, doch auch der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, ein Ereignis, das gerade auch in schwieriger Zeit erinnerungswürdig ist.

Ich handle über dieses Thema aus der Sicht des Historikers, der weiß, dass manche Zeitzeugen vieles viel präziser wissen. Gewiss bin ich im Herbst und Winter 1989/90 hier und da, etwa beim Leipziger Parteitag im Februar 1990, dabei gewesen, doch erzähle ich hier nicht als Zeitzeuge, sondern versuche, die Bedeutung des Geschehens im Kontext der damaligen Zeit und im größeren Zusammenhang näher zu bestimmen. Ungeachtet des hohen Rangs des Ereignisses sind dabei auch Widersprüche und ambivalente Folgen nicht wegzueskamotieren.

Ansprechen möchte ich zunächst die Situation im Oktober 1989, dann das Ereignis charakterisieren und Ziele der Gründer bestimmen, um danach deren Bedeutung ausloten, indem ich nach dem Verhältnis der neuen Vereinigung zur SED-Diktatur, zur Bürgerbewegung, zur West-SPD und zur Bevölkerung (samt der bisherigen SED-Mitglieder) frage, um abschließend die Frage nach der Rolle der ostdeutschen Sozialdemokratie 1989/90 insgesamt aufzuwerfen und ein kurzes Resümee zu ziehen.

II) Zur historischen Konstellation am 7. Oktober 1989 in der DDR

Man muss sich dies vergegenwärtigen: just an diesem 7. Oktober, als sich die Männer und Frauen in Schwante trafen, begingen in gespannter Atmosphäre Partei- und Staatsführung mit Paraden und Empfängen die 40. Wiederkehr des Tages der DDR-Gründung. Eine gesplante Realität, denn gleichzeitig gab es regimekritische Demonstrationen, keineswegs nur in Ostberlin, und eine ständig wachsende Zahl von Menschen begehrten gegen das Regime auf, was seit Monaten in einer starken Ausreisewelle – überwiegend vollzogen über Ungarn oder über die westdeutschen Vertretungen im Osten, am spektakulärsten in Prag, doch auch seit Wochen in großen Montagsdemonstrationen in Leipzig und bald auch in anderen Städten seinen Ausdruck fand. Eine regelrechte Oppositionsbewegung war entstanden und begann Massenunterstützung zu erhalten.

Zu den Jubiläumsfeierlichkeiten der DDR weilte – zusammen mit den Führern der anderen kommunistischen Länder - der sowjetische Staats- und Parteichef Gorbatschow in Ostberlin. Gegen seine Reformen hatte sich das SED-Regime abzuschotten versucht. Gorbatschow formulierte dann seine Warnung: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“ Doch kam seine Warnung zu spät und er selbst musste bald erleben, dass seine Reformen – jedenfalls gemessen an seinen Zielen – scheiterten. Das kommunistische Regime der Sowjetunion erwies sich als letztlich nicht reformierbar.

Das SED-Regime wandte Anfang Oktober 1989 in erheblichem Maße repressive Mittel an, um die Ordnung in ihrem Sinne wiederherzustellen. Es war am 7. Oktober keineswegs ausgemacht, ob die SED-Führung nicht eine militärische Lösung gegen die Demonstranten – eine chinesische Lösung - anstrebte. Dies sollte sich erst wenige Tage später – am 9. Oktober – in Leipzig, wo es auf Spitz und Knopf stand, entscheiden. Die Gründer der neuen sozialdemokratischen Partei besaßen zweifellos Mut, denn sie mussten damit rechnen, dass ihre Gründung von der Staatssicherheit verhindert und sie verhaftet wurden. List, Konspiration und die Bereitschaft zum Risiko gehörten dazu, Anfang Oktober 1989 eine sozialdemokratische Partei in der DDR zu gründen.

Dennoch kennzeichnete – so jedenfalls die retrospektiven Berichte – eine euphorische Stimmung die Versammlung in Schwante. Steffen Reiche

schreibt: „Wir alle waren wunderbar erregt, weil wir wussten, dass es etwas Einmaliges war, was wir jetzt taten – eine Partei gründen. Und nicht irgendeine, sondern die älteste deutsche Partei, die hier im Osten verboten war. Wer auch immer nach uns kam, er würde sich zu unserer Gründung verhalten müssen. Es war wunderbar, einfach das Recht, diese Partei zu gründen, in Anspruch zu nehmen und damit Geschichte zu schreiben. Denn wie absurd und abwegig es vielleicht von außen auch schien; wir wollten die Sozialdemokratie im Osten wiederbegründen.“ Sie glaubten eine historische Aufgabe wahrzunehmen.

III) Die Gründung und die Ziele der Gründer

Offenbar ist die Idee, eine sozialdemokratische Partei in der DDR wiederzugründen, Ende der 80er Jahre an verschiedenen Stellen erwogen worden. Dabei spielte das Motiv eine Rolle, die DDR evolutionär umzugestalten und politisch aufzulockern, zunehmend auch der Wille, mit Entschiedenheit das SED-System zu überwinden. Doch konkrete Realisierungsversuche machten wohl nur Martin Gutzeit und Markus Meckel.

Am 26. August 1989 trug Markus Meckel im Kontext eines Menschenrechtsseminars in Berlin aus Anlass des 200. Jahrestages der Proklamation der Menschen- und Bürgerrechte in der Französischen Revolution den Aufruf zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei vor, in dem Demokratisierung der DDR gefordert und grundsätzlich der Wahrheits- und Machtanspruch der herrschenden Partei bestritten wurde. Ziele der sozialdemokratischen Partei sollten eine „ökologisch orientierte soziale Demokratie“ und eine „klare Trennung von Staat und Gesellschaft“ sein; Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit, parlamentarische Demokratie und soziale Marktwirtschaft waren wichtige Programmpunkte.

Unterzeichnet war der Aufruf von vier Namen: Martin Gutzeit, Markus Meckel, Arndt Noack und Ibrahim Böhme. Sie hatten sich seit Ende der 70er Jahre in der Friedens-, Umwelt- und Bürgerrechtsbewegung engagiert, aus der im Herbst 1989, zeitlich nach dem Aufruf der vier, weitere Gründungen hervorgingen, die auf Foren, Bürgervereinigungen, doch nicht auf die Gründung einer Partei zielten.

Bemerkenswert ist, dass der Aufruf die Unterschrift von drei Pfarrern trug und auch in Schwante gab es eine Reihe von Pfarrern, so dass die neu-

gegründete Partei als „Pastorenpartei“ kritisch ironisiert wurde. In der Tat bedarf dieser Tatbestand der Erklärung, auch wenn der erste Vorsitzende Stefan Hilsberg kein Pfarrer, sondern ein Informatiker war. Die Oppositionsbewegung gegen das SED-Regime entwickelte sich in den 80er Jahren größtenteils unter dem Dach der evangelischen Kirche, die im Grunde der einzige Raum für von der SED unabhängige Diskurse und unabhängiges gesellschaftliches Engagement war. Dass dadurch die Bewegung ein Stück weit – doch keineswegs völlig – protestantisch eingefärbt wurde, war nahe liegend, galt mehr oder weniger für die Oppositionsbewegung insgesamt. Dass die Sozialdemokratie jedoch als Partei besonders präferiert wurde, hat mit dem gesamtdeutschen Protestantismus, insbesondere der aus der Bekennenden Kirche, fundiert durch die Theologie Dietrich Bonhoeffers und Karl Barths erwachsenen Richtung zu tun, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg zunehmend der SPD annäherte und mit ihr verband – genannt seien die Namen Gustav Heinemann, Johannes Rau, Erhard Eppler, Dieter Posser und Jürgen Schmude als Repräsentanten dieser Richtung in der SPD (die allesamt ein besonderes Interesse an der deutschen Frage und der DDR hatten).

Im Übrigen kam zwar der Impuls zur Gründung aus dem protestantischen Raum, löste sich jedoch sogleich davon. Schaut man sich nicht nur die Gruppe in Schwante, sondern auch die sich herausbildende neue Partei insgesamt und die auf dem Leipziger Parteitag gewählte Führungsgruppe an, so fallen vor allem Ingenieure und Techniker, Naturwissenschaftler und Ärzte verschiedener Fachrichtungen bis hin zu Tierärzten auf, Gruppen, die in der Führung der damaligen West-SPD kaum vorkamen. Es waren die nicht SED-gebundenen Teile der Intelligenz, die in der formativen Phase eine besondere Rolle spielten. Dass Arbeitnehmervertreter und Gewerkschafter – eben wegen der Bindung an die SED – weitgehend fehlten, gehört zu den problematischen Folgen der spezifischen Gründungskonstellation.

Die Gründung wies keine erkennbare Kontinuität personeller oder organisatorischer Art zur verbotenen SPD auf. In familiären Zusammenhängen mag es bei einigen Bezüge gegeben haben. Auf's Ganze gesehen war am Ende der DDR eine weitgehende Destruktion der einst stolzen sozialdemokratischen Parteitradition, die in den Nachkriegsjahren teils eingeschmolzen, teils verboten worden war, zu konstatieren. Sie war nur noch

bei wenigen lebendig. An der Basis der SED mochte davon noch etwas vorhanden sein, wurde aber nicht wirklich sichtbar.

Auch die Gründer hatten bei ihrem Projekt im Grunde nicht die frühere Geschichte, sondern die westdeutsche Sozialdemokratie der 70er Jahre, die SPD Brandts und Schmidts, ihre Reform- und Friedenspolitik vor Augen, adaptierten die Ideen der Sozialdemokratie dieser Zeit für die Sozialdemokratie der DDR.

So spiegelt das am 7. Oktober diskutierte und verabschiedete Statut Grundsätze und Grundpositionen der deutschen Sozialdemokratie, wie sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet haben und im Godesberger Programm manifest geworden sind. Einige Punkte des Statuts, die dies erkennen lassen, seien genannt:

- 1) Die sozialdemokratische Partei in der DDR „vereinigt Menschen verschiedener Grundüberzeugungen und Glaubenshaltungen, die sich den Traditionen von Demokratie, sozialer Gerechtigkeit sowie der Verantwortung für die Bewahrung der natürlichen Umwelt verpflichtet fühlen“. Dieses Bekenntnis zum weltanschaulichen Pluralismus und zum Verzicht auf Glaubensaussagen ist charakteristisch für die Sozialdemokratie nach dem Zweiten Weltkrieg und für das Godesberger Programm.
- 2) Bemerkenswert ist, dass die SDP sich im Gründungsstatut als „demokratische Volkspartei“ definierte, „die für alle Schichten der Bevölkerung offen ist“. Sie tritt für „parlamentarische Demokratie und Parteienpluralität ein“. Sie hat diese gleichsam zur Voraussetzung, kämpft deshalb für ihre Durchsetzung, auch für die Menschen- und Bürgerrechte, für den demokratischen Rechtsstaat und die Gewaltenteilung.
- 3) Auch die Aussagen über die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung passen zur Geschichte der jüngeren Sozialdemokratie. So will man Monopolisierung und Zentralisierung entgegenreten, „unvermeidliche Monopole“ jedoch einer demokratischen Kontrolle unterwerfen sowie sie auf ökonomische Effizienz und Umweltverträglichkeit hin überprüfen – die Ökologie taucht immer wieder auf, hier spiegelt sich in gewisser Weise der Weg der SPD zum Berliner Programm, das dann im Dezember 1990 verabschiedet werden sollte. Aufs Ganze gesehen wird „eine ökologisch orientierte Marktwirtschaft mit gemischter Wirtschaftsstruktur und unterschiedlichen Eigentumsformen angestrebt“. Sozial-

demokratisch klingen auch die Einzelforderungen: Verhinderung undemokratischer Auswirkungen und Konzentration wirtschaftlicher Macht, Einbeziehung der ökologischen Kosten in das Marktgeschehen, Mitbestimmung und Miteigentum (am Produktivvermögen und den Gewinnen) für „diejenigen, die Werte schaffen“. Nicht zuletzt tritt die SDP auch für unabhängige demokratische Gewerkschaften ein, fügt dabei allerdings allgemein auch die freie Vereinsbildung an.

Ähnliche sozialdemokratische Positionen sind auch in Markus Meckels programmatischer Rede in Schwante erkennbar. Konrad Elmer hat in einem Interview formuliert: „Es ging in erster Linie um Freiheit zur Demokratie. Für mich galt immer: wahrer Sozialismus – das ist mehr Freiheit durch soziale Demokratie.“

Wenn auch die Gründer aus dem sozialdemokratischen Ideenstrom, wie er in der westdeutschen Sozialdemokratie lebendig war, schöpften, so erfolgte die Gründung organisatorisch doch völlig unabhängig von der West-SPD, was den Gründern wichtig war, obgleich sie danach – durch Hans Misselwitz u.a. - um Kontaktaufnahme mit dem Westen und um Aufnahme in die Sozialistische Internationale bemüht waren.

IV) Die Parteigründung und die SED-Diktatur

Die SDP-Gründer proklamierten keine Revolution, doch ging es ihnen um mehr als einige systemimmanente Reformen. Ihr Politikkonzept zielte auf nicht weniger als auf die Überwindung des spätstalinistischen SED-Systems, zu einer Zeit - in den Monaten August und September 1989 -, als sich der historische Prozess zu beschleunigen schien, doch sein Ende keineswegs absehbar war, ein überaus kühnes Vorhaben, das zweifellos auch im Desaster hätten enden können.

Schon in einem Entwurf Martin Gutzeits und Markus Meckels vom Mai 1989 stehen bezogen auf das SED-System die klaren Sätze:

„Wir leben unter Bedingungen des angemäßigten, geschichtsmetaphysisch begründeten Macht- und Wahrheitsanspruchs einer Partei, die diesen Anspruch institutionell in Staat und Gesellschaft zementiert hat und sich durch ihre Ideologie legitimiert glaubt, alle ihre möglichen Mittel einzusetzen, um diese Situation zu perpetuieren, obgleich sie ideologisch, politisch,

wirtschaftlich und ökologisch in weiten Bereichen abgewirtschaftet hat. Ohne ausdrückliche Bestreitung ihres Macht- und Wahrheitsanspruchs und seiner Begründungen, d. h. der geistigen Grundlagen des Stalinismus, hat eine demokratische Reform keine Aussicht auf Erfolg.“

Mit diesen komprimierten Sätzen wurde das SED-System samt seiner ideellen Grundlagen und seinem Totalitätsanspruch prinzipiell in Frage gestellt. Auch die positiven Ziele: uneingeschränkte Geltung der Menschen- und Bürgerrechte, Gewaltenteilung, parlamentarische Demokratie, Mehrparteiensystem usw. waren diametral gegen das konkrete SED-System gerichtet. Bei diesen Zielen ging es nicht mehr um eine Reform des SED-Systems, sondern um seine Abschaffung durch eine friedliche Revolution.

Trotz der Überschaubarkeit der Gründungsgruppe und ihrer potentiellen Anhängerschaft, die zunächst nur langsam wuchs, waren die SED-Führung und die Staatssicherheit durch die Gründung der Sozialdemokratischen Partei, die sogleich von den Westmedien gemeldet wurde, und durch Steffen Reiches Auftreten in der westdeutschen Öffentlichkeit tief beunruhigt; sie sahen sie wohl als gravierendste Herausforderung. Die Gründung einer sozialdemokratischen Partei warf – in Perspektive gesehen – die Machtfrage auf.

Hinzu kam das besondere Verhältnis der SED zur sozialdemokratischen Tradition. Zwar war die Sozialdemokratie nach der - 1945/46 mit Mitteln des Zwangs und der Täuschung durchgesetzten - Vereinigung angeblich in der SED angeblich aufgegangen, doch waren schon sehr bald Sozialdemokraten, die ihre Identität wahren wollten, schon sehr bald verfolgt worden (viele waren in Bautzen oder anderen Gefängnissen gelandet, andere in den Westen geflohen). Und der „Sozialdemokratismus“ blieb die ganze Zeit über ein zu ahndender Straftatbestand. Noch in den 70er Jahren gehörte Sozialdemokratismus zu den Gründen für Relegationen an den Universitäten.

Die Gründung der SDP besaß unübersehbar eine historische Dimension. Sie dementierte – jetzt auch innerhalb der DDR – den Gründungsmythos der SED, der im Symbol der verschränkten Hände zum Ausdruck kam.

V) Die Parteigründung und die Oppositionsbewegung

Die Vorgeschichte der SDP-Gründung ist ganz überwiegend mit der Herausbildung der Oppositionsbewegung in den 80er Jahren verwoben. Sie entstand in gewisser Weise als Teil der Bürgerbewegung, die sich gleichzeitig im Neuen Forum, im Demokratischen Aufbruch, in „Demokratie jetzt“ und kleineren oppositionellen Gruppen formierte. Und sie behielt auch – im Koordinationsausschuss - engen Kontakt zu diesen Gruppen im Herbst und Winter 1989/90. Gleichzeitig aber wies sie deutlich über diese Bewegung hinaus.

Sie war die einzige Parteigründung im Herbst 1989. Vielen Oppositionellen schienen Parteien überholt; auch war schon der Begriff „Partei“ durch die SED diskreditiert. Zudem wirkte die vielgestaltige Tradition des deutschen Antiparteienaffekts, die aus dem 19. Jahrhundert stammte, nach. Viele waren Anhänger einer Basisdemokratie, ohne dass es indes dazu realistische Konzepte gab. Selbst in der SDP war in Konrad Elmers Organisationsmodell, das von der Mehrheit abgelehnt wurde, dieser Denkansatz erkennbar.

Die SDP-Gründung ging in Organisationsformen und Zielen deutlich über die Oppositionsbewegung hinaus:

- 1) Das politische Engagement sollte sich nicht in unendlichen Diskussionen (die die Stasi spezifisch beeinflussen und zersetzen konnte) erschöpfen, sondern zu klaren Beschlüssen und Handlungen führen.
- 2) Die Partei strebte Machtanteile an, um politisch gestalten zu können – sie wollte nicht Staat und Partei gegenüberstehen, sondern diesen demokratisieren.
- 3) Die SDP plädierte für Parlamentarismus und Parteienpluralismus als der geeigneten Organisationsform moderner freiheitlicher Demokratie.

Auch wenn die neue Sozialdemokratische Partei mit anderen Oppositionsgruppen verbunden blieb und am Runden Tisch zusammenarbeitete, betonte sie ihre Unabhängigkeit. Sie unterschied sich in Struktur, Machtwillen und Programmorientierung von Anfang an von den anderen Gruppen, sie war – wie der amerikanische Historiker Charles Maier formuliert – die politisch „vielversprechendste Neugründung des Herbstes 1989“. Sie

hatte als einzige ein – gewiss nur in Grundzügen erkennbares - Neuordnungskonzept.

Sie hat allein durch ihre Existenz zur Politisierung der Oppositionsbewegung beigetragen; vor allem aber war sie Katalysator der Differenzierung, Formierung und Pluralisierung dieser Bewegung.

VI) Die Parteigründung und die westdeutsche SPD

Die West-SPD wurde von der Gründung überrascht und brauchte etwas Zeit, um sich darauf einzustellen, wobei anfänglich unterschiedliche Positionen erkennbar sind.

Alle westdeutschen Parteien und die westdeutsche Öffentlichkeit haben die Oppositionsgruppen 1989 zunächst unterschätzt. In der SPD hielten sich zudem bis in den Herbst 1989 hinein bei manchen – keineswegs bei allen - Vorbehalte gegenüber den Oppositionsbewegungen im Osten, weil man um die Entspannungspolitik fürchtete, die nicht zuletzt sicherheitspolitisch, doch auch um der Zusammenarbeit in Europa willen geboten erschien und gute Beziehungen zu den kommunistischen Regierungen zur Voraussetzung hatte.

Allerdings hatte die „neue Ostpolitik“ der 70er Jahre sich keineswegs mit den damaligen kommunistischen Regimen abgefunden, sondern hoffte auf Reformkräfte innerhalb der Systeme. Hier gab es sicherlich teilweise Illusionen, doch zeigten die Entwicklungen in der Sowjetunion unter Gorbatschow und in Ungarn in den ausgehenden 80er Jahren, dass dies keineswegs eine Fata Morgana war. Bezogen auf das SED-Regime wird man jedoch sagen müssen, dass eine derartige Richtung bis zum Ende des Systems nicht wirklich (allenfalls im akademischen Bereich) sichtbar wurde. Eine Reihe von SPD-Leuten – Erhard Eppler, Norbert Gansel, Hartmut Soell u.a. – kamen im Laufe des Jahres immer mehr zu dem Ergebnis, dass das SED-Regime nicht reformfähig war.

Schrittweise begann man im September und Oktober in Bonn die SDP-Gründung ernst zu nehmen. Einen wesentlichen Durchbruch stellte Stefan Reiches Reise – eine Woche nach Schwante – in die Bundesrepublik dar. Vermittelt durch Dietrich Stobbe und Karl-Heinz Klär kam es zu Treffen mit Jochen Vogel, dem Parteivorsitzenden, der Reiche mit in Sitzungen der Führungsgremien nahm. Verabredet wurden privilegierte Bezie-

hungen zwischen SPD und SDP. Allerdings kommunizierte man zunächst auch noch mit anderen Gruppen des Oppositionsspektrums.

Die SPD der Bundesrepublik begann seit der Jahreswende der SDP verstärkt zu helfen. Doch respektierte sie voll das Bestreben der DDR-Sozialdemokratie, unabhängig zu sein, was insofern im beginnenden Volkskammerwahlkampf problematisch war, als CDU und FDP sich auf die Organisation der Blockparteien stützen konnten. Die neugegründete Partei war erst im Aufbau begriffen. Es mangelte an Professionalität. Organisatorische Probleme waren deshalb zwangsläufig. Es gelang nicht, innerhalb weniger Wochen eine effektive Parteiorganisation aufzubauen trotz vielfältiger Sachhilfen westdeutscher Gliederungen und mancher Einzelner. Die Nutzung der undemokratischen Blockparteienstrukturen brachte dagegen den Bonner Regierungsparteien, die auch ungleich weniger Skrupel hatten, sich unmittelbar im Wahlkampf zur DDR-Volkskammer zu engagieren, gegenüber dem demokratischen Weg von SDP und SPD erhebliche unverdiente Vorteile.

VII) Die Parteigründung, die SED-Mitglieder und die Bevölkerung

Auch im Hinblick auf die Mitgliederentwicklung gab es – gerade wegen der Spezifika dieser Gründung und ihrer Ziele - Probleme. Hatte Markus Meckel in Schwante noch ehemalige SED-Mitglieder willkommen geheißen, so änderte sich dies. Die Gründung, die gegen das SED-Regime erfolgte, besaß eine natürliche Distanz zu früheren SED-Mitgliedern, obgleich es aus der westdeutschen Partei den Rat gab, diejenigen aufzunehmen, die – wie etwa Helmut Schmidt meinte – „anständig“ geblieben waren.

Die SDP-Führung fürchtete bei wachsender Größe der Partei, von den ehemaligen SED-Kadern dominiert zu werden. Ablehnend verhielt man sich deshalb, wenn Gruppen aufgenommen werden wollten. So reagierte man negativ auf die Absicht des bisherigen Dresdener Oberbürgermeisters Berghofer, mit einer ganzen Gruppe von Persönlichkeiten aus der DDR-Wirtschaft beizutreten. Und auf dem Parteitag im Februar in Leipzig beschloss man sogar, frühere SED-Leute erst nach 4-jähriger Zwischenzeit aufzunehmen. Wahrscheinlich war dieser Beschluss, der auf dem nächsten Parteitag wieder aufgehoben wurde, dafür mitverantwortlich,

dass manche frühere SED-Mitglieder sich nicht auf die SPD hin orientierten. Doch ist dies Spekulation.

Die Entscheidung ist im Übrigen auf dem Hintergrund eines politischen Klimas zu sehen, in dem das Ansehen der SED einen absoluten Tiefpunkt erreichte (die Rolle der Stasi und die Tiefe der Krise der DDR wurden jetzt offenkundig), gleichzeitig aber die politische Rechte, insbesondere die DSU, die SDP/SPD in die Nähe der SED zu rücken versuchte. Mit Plakaten wurden sie als miteinander verwoben dargestellt, was sich auf die Tatsache stützte, dass beide den Begriff „Sozialismus“ verwandten. Auch westdeutsche Sozialdemokraten konnten deshalb die Argumentation der Führung der ostdeutschen Sozialdemokratie nachvollziehen.

Die Sozialdemokratie der DDR überwand zwar die Grenzen des alten Oppositionsmilieus; dennoch wirkte dieses noch nach. Die Gründung war gleichsam von der Peripherie der Gesellschaft der DDR her erfolgt, was einen gewissen Rigorismus des Urteils über das Verhalten in der Mehrheit der DDR nahe legte. Diese Herkunft hat den Zugang zu den vielen Mitläufern und SED-Mitglieder nicht unbedingt erleichtert und womöglich die Verfestigung der SED/PDS gefördert.

VIII) Zur Rolle der Sozialdemokratie der DDR 1989/90

Hier ist nicht die ganze Geschichte der Sozialdemokratie 1989/90 zu referieren. Doch sind zu ihrer Rolle einige Punkte festzuhalten:

- 1) Sie hat im Herbst 1989 schon durch ihre Existenz dazu beigetragen, dass die SED schließlich ihren Führungsanspruch aufgab und sich dem Streben nach einem Parteienpluralismus beugte.
- 2) Die Ost-Sozialdemokraten plädierten zwar zunächst für die Zweistaatlichkeit, die sie als Strafe der Geschichte für die NS-Politik sehen wollten. Doch war die Position zur deutschen Frage schon früh differenziert. Die Hoffnung auf Überwindung des status quo in einer europäischen Friedensordnung wurde artikuliert und das Selbstbestimmungsrecht der Menschen in der DDR betont. Als nach dem 9. November die deutsche Frage auf die Tagesordnung kam und sich Chancen für eine Lösung anzudeuten schienen, wurde die Frage von den ostdeutschen Sozialdemokraten aufgegriffen. Schon im Dezember plädierte man für die Wiederherstellung der nationalen Einheit – zunächst im Rahmen

einer Konföderation – und forderte dazu Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe (!) mit dem Westen. Dass die reale Entwicklung dann anders lief, ist nicht der SPD der DDR anzulasten, sondern hatte vielfältige Ursachen.

- 3) Die DDR-Sozialdemokraten waren nach der Volkskammer-Wahl – anders als die West-SPD – an allen wesentlichen Entscheidungen – jedenfalls bis zum Bruch der Großen Koalition – beteiligt. Außenminister Meckel und seinem Staatssekretär Misselwitz kam es wesentlich darauf an, eine Wiedervereinigung zu erreichen, die auch im Einvernehmen mit den östlichen Nachbarn erfolgte und eine europäische Friedensordnung vorbereitete.
- 4) Zu einem wesentlichen Anliegen der SPD wurde die soziale Ausgestaltung der Einheit. Willy Brandt erklärte schon auf dem Parteitag in Leipzig, dass im Einheitsprozess niemand unter die Räder kommen dürfe. Zu Recht problematisierte die SPD den Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“, der den Alteigentümerinteressen, die ihre Vertretung in CDU und FDP hatten, prinzipiell Vorrang einzuräumen. Doch war der Einfluss der SPD auf die Bonner Regierungspolitik begrenzt.

IX) Resümierende Schlussbemerkungen

Einige Punkte sind zur Bedeutung der Gründung der Sozialdemokratie in der DDR im Herbst 1989 festzuhalten:

- (1) Die Neugründung der Sozialdemokratie in der DDR bedeutete einen wesentlichen Neubeginn, durch den die Entscheidung von 1946 revidiert wurde – zu Gunsten der Demokratie und der Freiheit. Sie ist ein wesentlicher Markstein im wechselvollen Streben der Sozialdemokratie nach Freiheit und Bürgerrechten. Die Sozialdemokratie kehrte mit der Gründung der SDP in ihre früheren Kerngebiete in Deutschland zurück. Die Gründung der SDP war im Übrigen die einzige wirkliche parteipolitische Neugründung im Herbst und Winter 1989/90, die übrigen Parteien waren kaum gewendete Blockparteien des SED-Systems.
- (2) Die Neugründung induzierte in die Diskussion der DDR eine zeitgemäße politische Programmatik, die aus eigener Willensbildung resultierte und doch realistisch war. Die Sozialdemokraten gaben damit entscheidende Anstöße, nicht nur über Kommunikationsmangel und Missstän-

de zu reden, sondern die bisherige Machtverteilung in Frage zu stellen. Sie haben den Umwälzungsprozess vorangetrieben.

- (3) Die Sozialdemokratie trug wesentlich dazu bei, dass die Bevölkerung der zusammenbrechenden DDR über Proteste hinaus politisch artikulationsfähig wurde. Sie war ein wesentlicher Faktor demokratischer Willensbildung. Die Ost-Sozialdemokraten engagierten sich vehement – ich denke an Regine Hildebrand – bei der Thematisierung der sozialen Probleme des Umbruchs.

Keine Frage: die Wiedergründung der Sozialdemokratie in der DDR, die eine Neugründung war, gehört zu den bedeutenden historischen Ereignissen nicht nur der sozialdemokratischen Parteigeschichte, sondern auch der Umwälzung 1989/90, die eben nicht nur das Werk Helmut Kohls war. Bei manchen Ambivalenzen, die ich nicht verschwiegen habe: die Gründung berechtigt die deutsche Sozialdemokratie zu Selbstbewusstsein und Stolz, gerade auch in diesen Tagen: Das sozialdemokratische Projekt schreitet in immer neuen Anläufen voran.